

Die Zukunft der Stadtstaaten

Prof. Dr. Günter Dannemann
Finanzstaatsrat a. D.

Forschungsstelle Finanzpolitik an der Universität Bremen

Vortrag
beim Wirtschaftsrat Bremen-Nord

am 15. Februar 2006

- Berlin klagt vor dem BVerfG wegen extremer Haushaltsnotlage.
- Das Saarland hat am 13.09. 2005 beim BVerfG eine Klage auf weitere Sanierungshilfen eingereicht.
- Bremen hat beschlossen, erneut vor dem BVerfG zu klagen.
- **Hans Olaf Henkel:**
„Wenn sich Deutschland sogar einen Operettenstaat wie Bremen leisten kann, dann sollte sich Bremen auch die taz leisten können.“
- **Handelskammer Bremen:**
Statt das Bundesgebiet neu zu gliedern, sollte die Finanzverteilung stadtstaatengerecht umgestaltet werden.
- **Christian Wulff (12.09. 2005 in Bremen)**
„Eine Länderfusion können wir uns nicht leisten.“

1. Andersartigkeit der Stadtstaaten

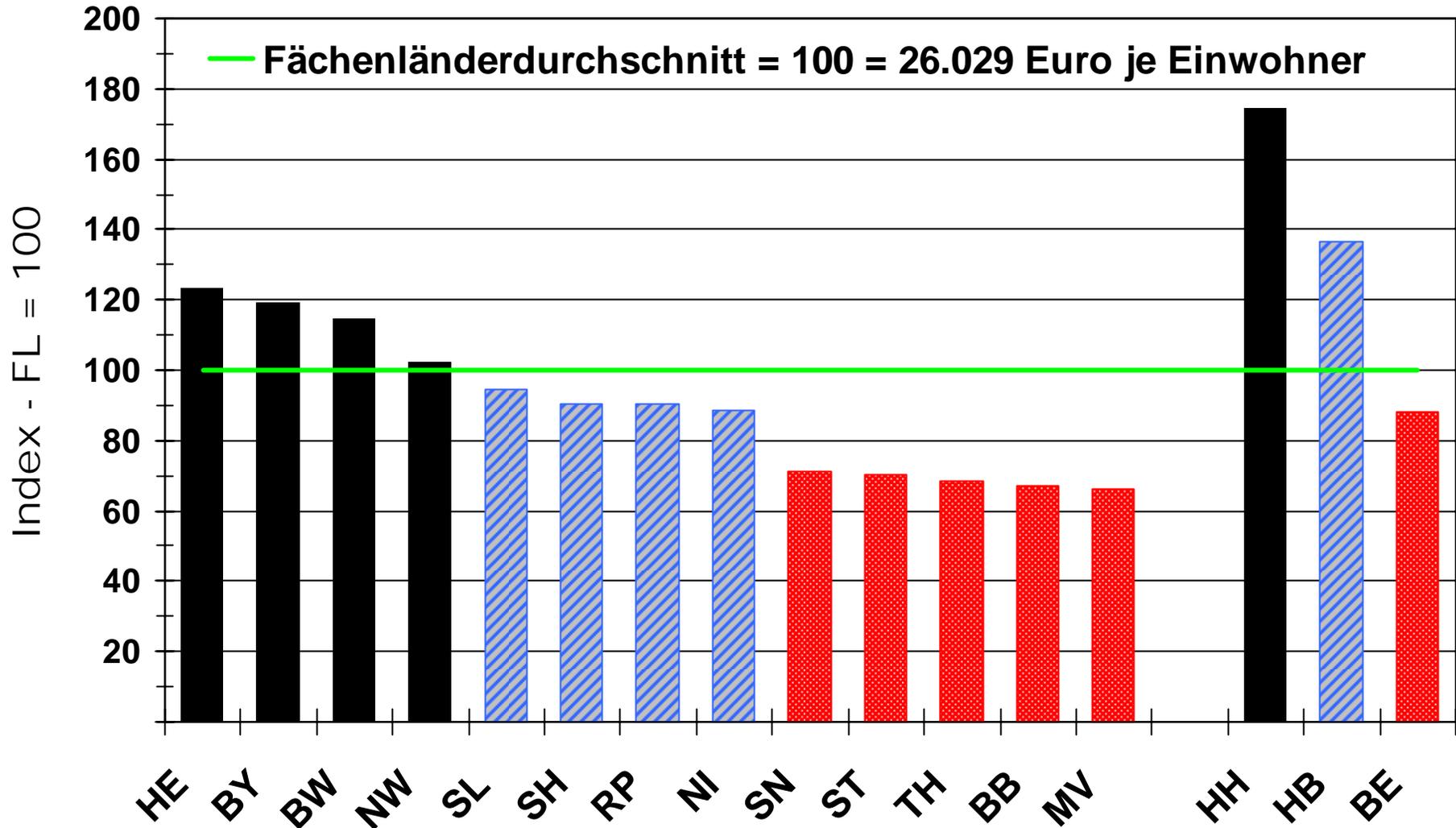
2. Zwei Alternativen für die Zukunft der Stadtstaaten

A. Gerechte Finanzausstattung

B. Fusion

1. Andersartigkeit der Stadtstaaten

Bruttoinlandsprodukt der Länder 2004

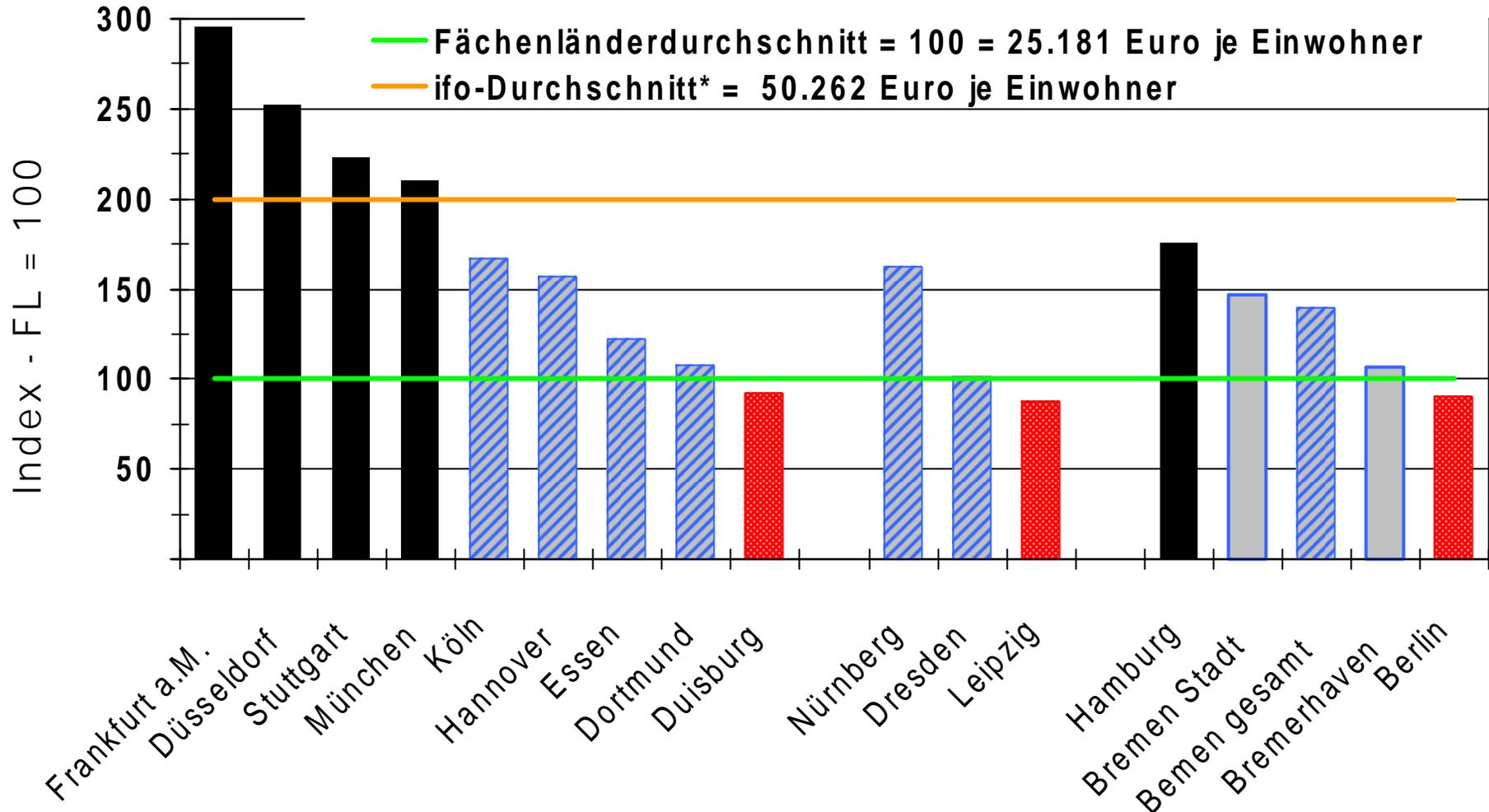


Einwohner am 30.06.2004

Quelle:

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Stand: August 2004/ Februar 2005

Bruttoinlandsprodukt der Großstädte 2002



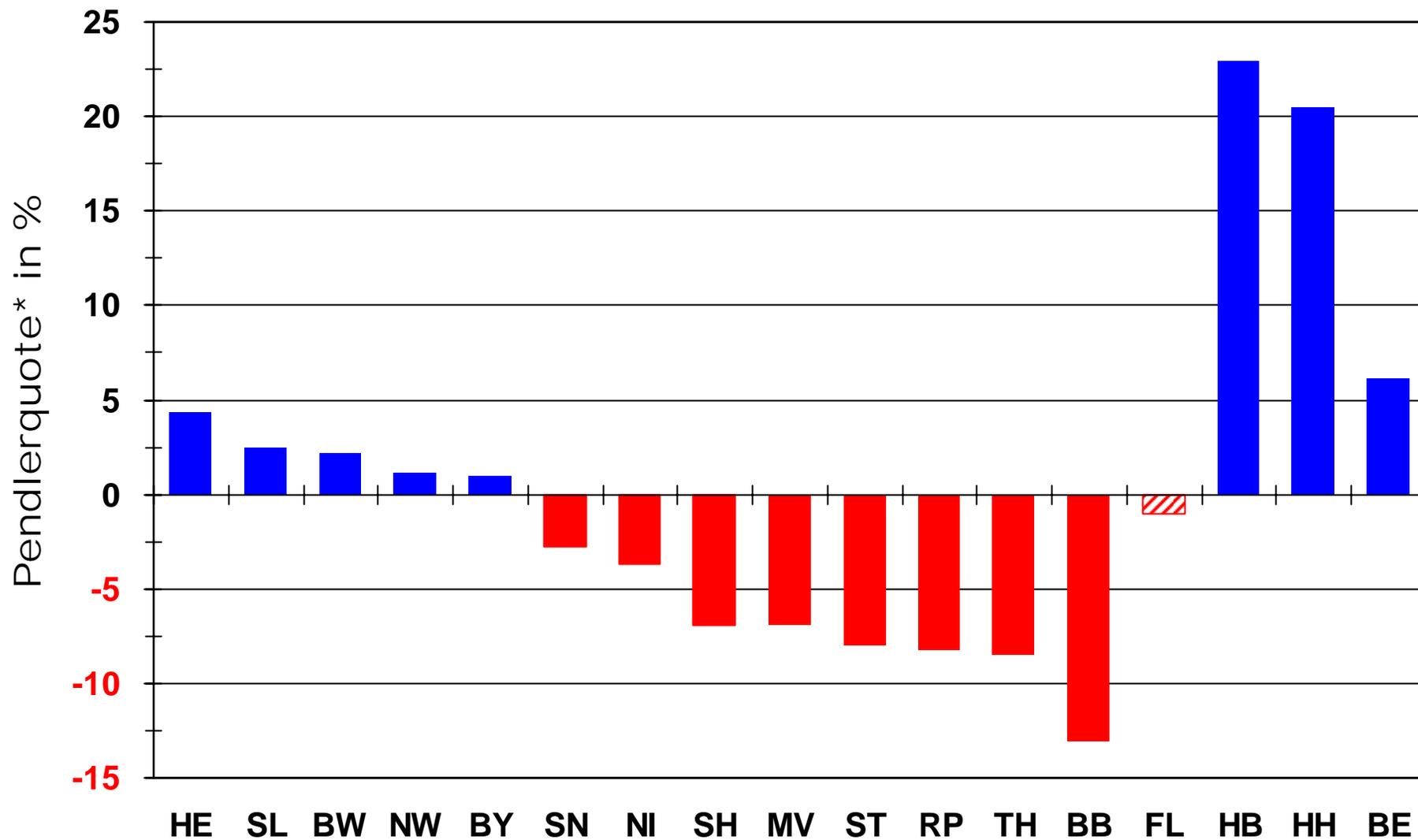
*Einwohner im Jahresdurchschnitt; ** ifo-Großstädte = Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Stuttgart, Dortmund, Duisburg, Essen (ifo-Durchschnitt = der ungewichtete Mittelwert aus dem Durchschnitt mit und dem Durchschnitt ohne Ruhrgebietsstädte)

Quelle:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik regional, 2004

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder - Stand: August 2004/ Februar 2005

Pendlerquote 2003



* Nettopendler (Erwerbpendler) je Erwerbstätigen am Arbeitsort in %

Quelle:

Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder", Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005

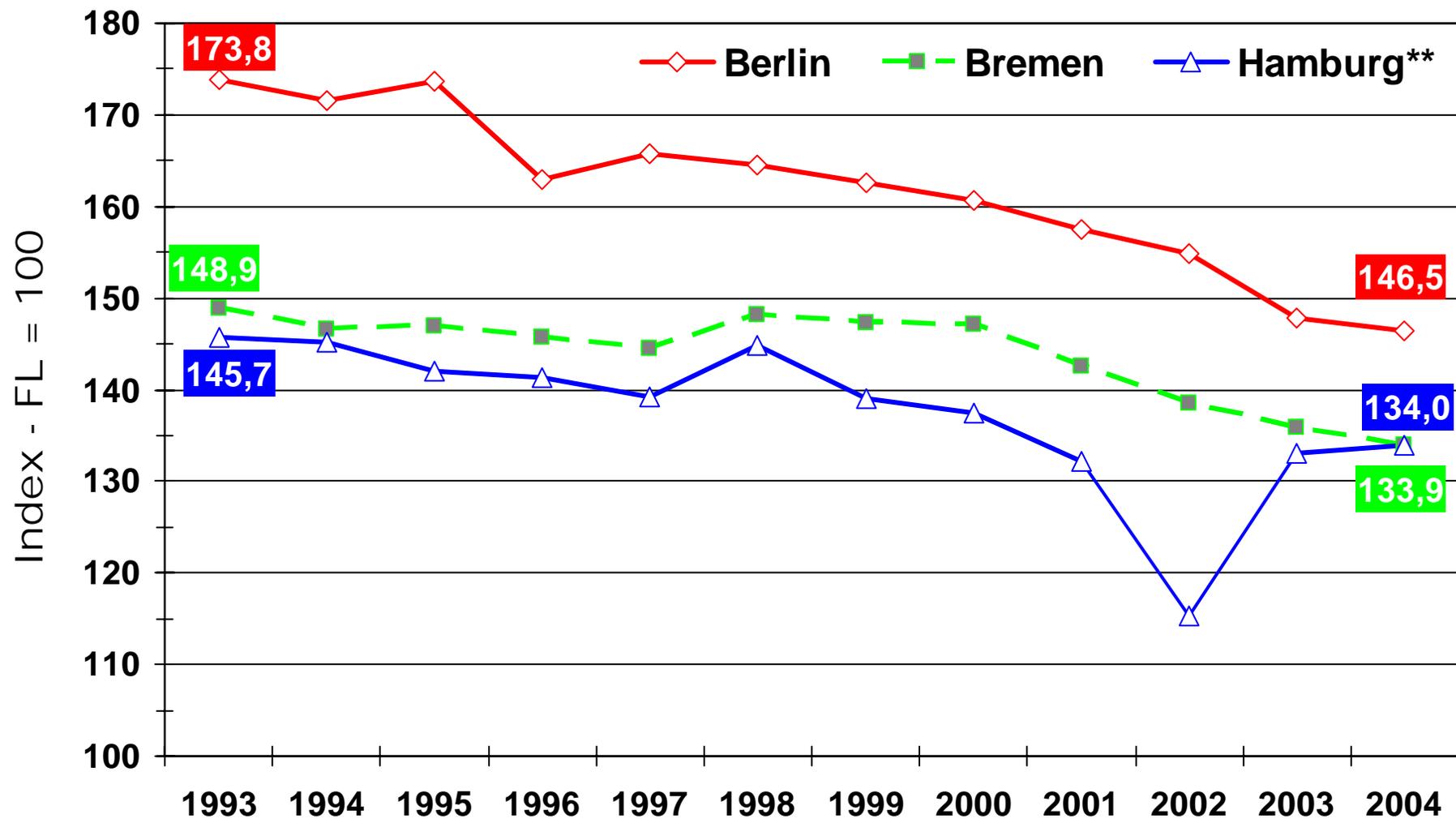
Kernaussagen der Folien 2, 3, 4

- Bei einem BIP-Durchschnitt von 26.000 Euro je Einwohner der Flächenländer (= 100 %) erwirtschaften die Stadtstaaten HH 174 % (1. Platz) und HB **137 % (2. Platz)**. BE liegt nur noch bei 88 % (11. Platz).
- Die neun Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern erwirtschaften ein genau doppelt so hohes BIP je Einwohner wie die Flächenländer. Der **Großstadtdurchschnitt** wird von HH um 12 %, von **HB um 30 %** und von BE um 55 % **unterschritten**.
- Eine wesentliche Ursache für das relativ hohe BIP je Einwohner der Großstädte und damit der Stadtstaaten ist die hohe Zahl der **Nettoeinpender**. In **HB** werden **22,9 %** aller Arbeitsplätze von Erwerbstätigen mit Wohnsitz im Umland besetzt, in HH 20,5 % und sogar in Berlin bereits 6,1 %.

Struktur der Mehrausgaben der Stadtstaaten

Mehrausgaben 2001 gegenüber Ø Flächenländer - in Euro je E	HB	HH	BE
konsumtive Primärausgaben	+ 1.345	+ 1.012	+ 1.814
<u>davon:</u>			
1. Sozialhilfe	+ 386	+ 289	+ 287
2. Versorgung	+ 232	+ 265	+ 159
3. Hochschulen	+ 230	+ 92	+ 192
4. Häfen	+ 211	+ 98	+ 17
5. Öffentl. Sicherheit	+ 121	+ 126	+ 240
6. pol. Führung + zentr. Verw.	+ 95	- 10	+ 40
7. Wohnungswesen	+ 57	+ 14	+ 347
8. Schulen	+ 43	+ 99	+ 64
9. Rechtsschutz	+ 33	+ 56	+ 64
10. Jugendhilfe/ Kitas	+ 26	+ 88	+ 226
11. Kultur	+ 21	- 16	+ 88
12. Rest	- 111	- 88	+ 92

Konsumtive Primärausgaben* je Einwohner



* ohne LFA-Beiträge der Geberländer

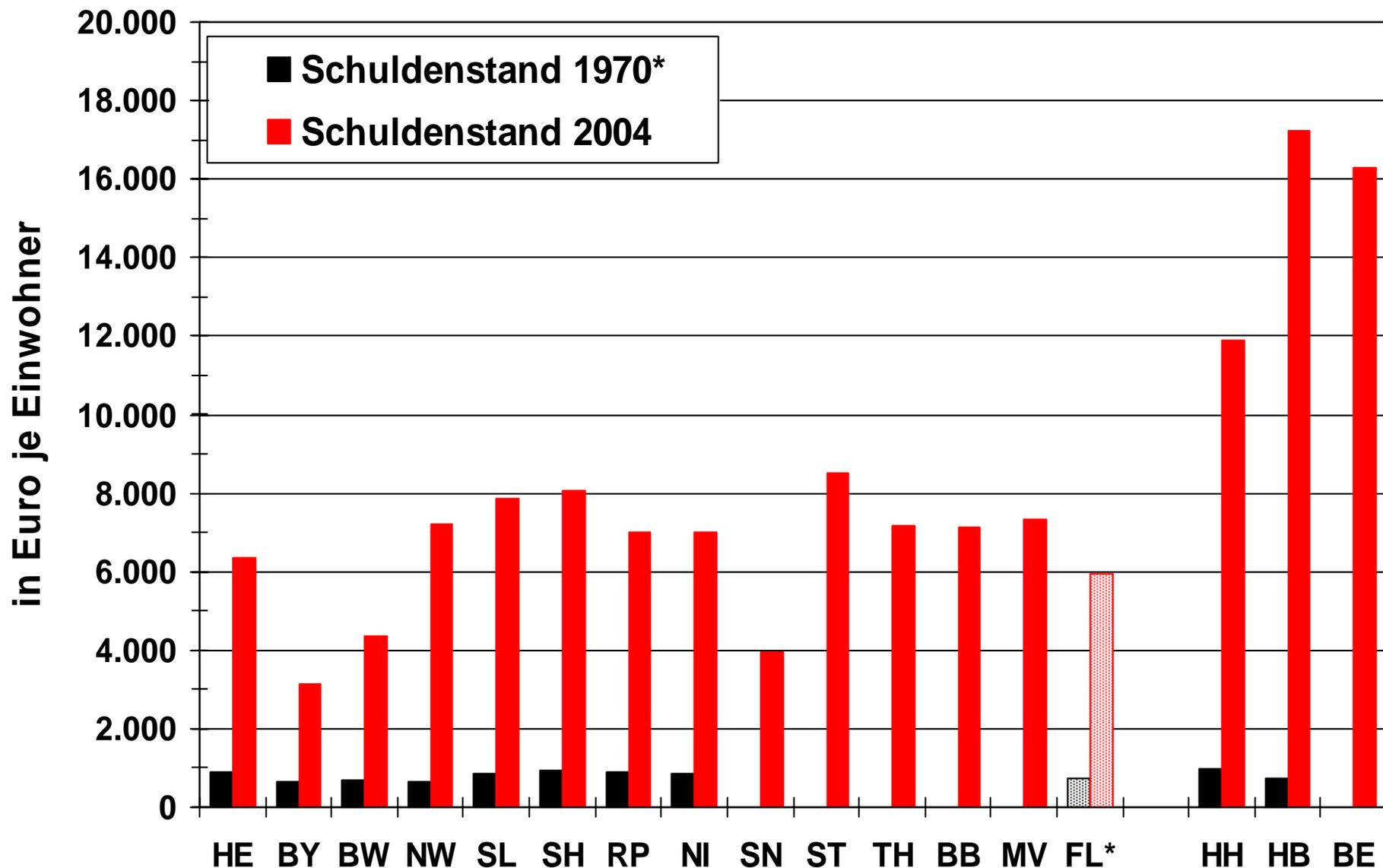
** Angleichung der Buchungspraxis in Hamburg im Jahr 2002 an Ländergesamtheit (genaue Einhaltung des Kassenschlusses am 31.12.)

Quelle:

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2, 2005

- „Es ist sachgerecht, **die Andersartigkeit der Stadtstaaten** gegenüber den Flächenstaaten im Länderfinanzausgleich zu berücksichtigen. Dies kann in Form einer Einwohnerveredelung geschehen, die Auswirkungen auf alle Flächenstaaten hat. Die Andersartigkeit der Stadtstaaten betrifft nämlich nicht etwa nur deren Nachbarländer, sondern alle Glieder des Bundes.“
- „Als solche Indikatoren kommen etwa in Betracht: **ein schlichter Großstadtvergleich**, bei dem die Finanzausstattung von Städten vergleichbarer Größe – unter Einbeziehung der für sie wirksamen staatlichen Sonderleistungen – mit derjenigen der Länder Bremen und Hamburg verglichen wird...“

Schuldenstand am 31.12. 1970 und 31.12. 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihe 2, 2005 (1970)

*1970 nur „alte Länder“, ohne Berlin-West

2. Zwei Alternativen für die Zukunft der Stadtstaaten

A. Gerechte Finanzausstattung

Stadtstaatengerechte Finanzausstattung

- Wirtschaftskraftorientierte Steuerverteilung (FL=100 %)

HB	BIP/ E	137 %
	BNE/ E	116 %
	Finanzkraft vor LFA	106 %
	Finanzkraft nach LFA	127 %

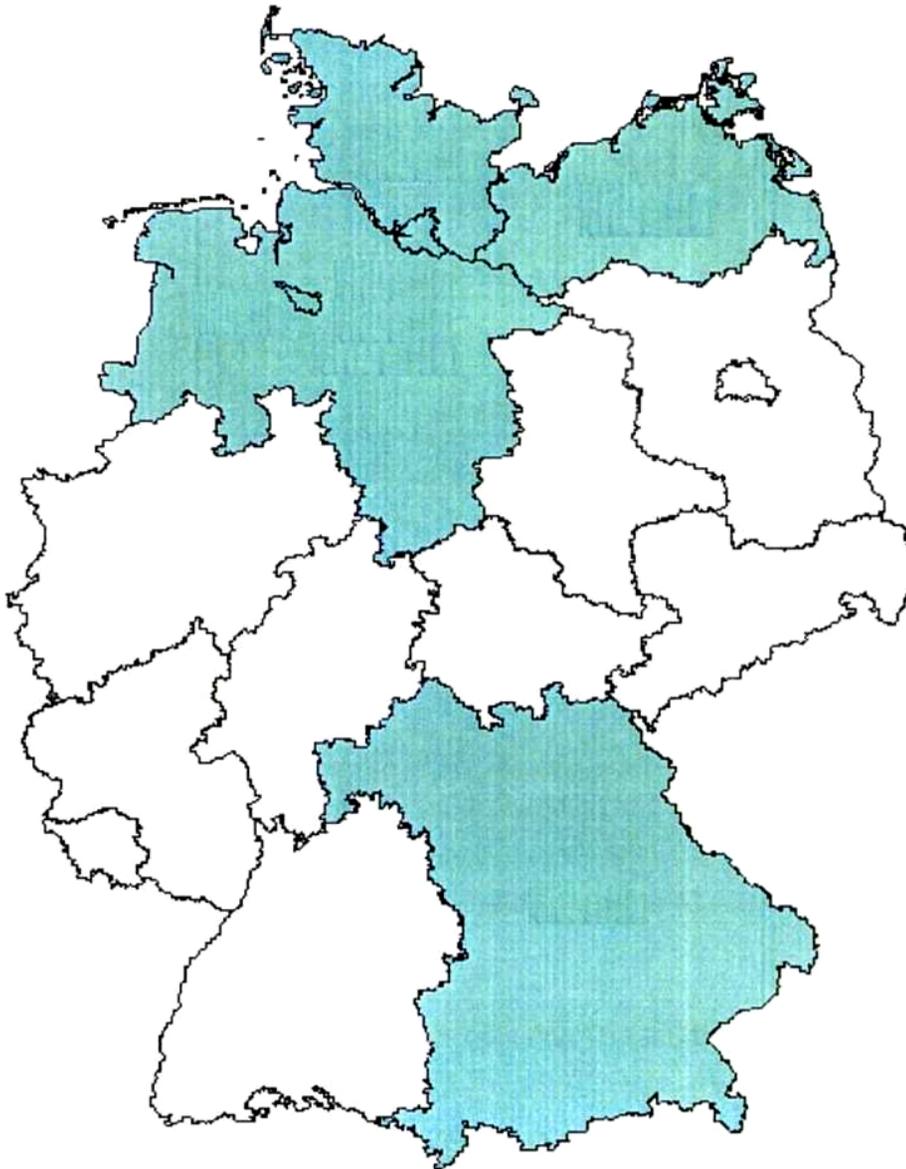
↳ **HB werden erst Steuern weggenommen, dann teilweise wiedergegeben (Geberland)**
(HH wird zweimal genommen, BE wird nur gegeben)

- Beseitigung der extremen Haushaltsnotlage
- Die Höhe der Einwohnerwertung (derzeit 135 %) entscheidet darüber, ob Stadtstaaten mit Großstädten konkurrieren können.

2. Zwei Alternativen für die Zukunft der Stadtstaaten

B. Fusion

Norddeutsche Länder – Bayern



„Nordstaat“

Einwohner: 14,95 Mio.

Bev.-Dichte: 170 EW/km²

Bayern

Einwohner: 12,43 Mio.

Bev.-Dichte: 176 EW/km²

Vergleich der Haushaltsstruktur 2004

in Euro je EW – 2004*	„Nordstaat“	Bayern	Differenz
Bereinigte Einnahmen	3.921	3.830	+ 91
Bereinigte Ausgaben	4.356	3.938	+ 418
Finanzierungssaldo	- 435	- 108	- 327
Aufteilung der Ausgaben			
- Zinsausgaben	401	144	+ 257
- Sozialleistungsausgaben	370	239	+ 131
- Investitionsausgaben	506	611	- 105
- Sonstige kons. Ausgaben	3.079	2.944	+ 135
Summe			+ 418

- ↳ „Nordstaat“ hat mehr Einnahmen
- ↳ „Nordstaat“ hat mehr Ausgaben
- ↳ „Nordstaat“ hat größeres Finanzierungsdefizit
- ➔ Bayern hat erheblich bessere Ausgabenstruktur

* ohne LFA-Beiträge der Geberländer, ohne Sanierungs-BEZ HB

Nettoergebnis einer Fusion

2005 in Mio. Euro	Nordweststaat (NI + HB)	Nordstaat (NI+HB+SH+HH+MV)
Steuern nach LFA	- 364	- 1.553
BEZ-Verlust	- 147	- 419
Summe Einnahmen	- 512	- 1.972
Einsparpotential bei Kosten politischer Führung	+ 100	+ 528
Nettoverlust	- 412	- 1.444

1. Kommunale Finanzausstattung

- eigene Gemeindesteuern
- dazu ergänzend vom Land Zuweisungen (kommunaler Finanzausgleich):
 - **Gemeindegrößenansatz:**
 - 180 v. H. für Bremen
 - 148 v. H. für Bremerhaven (heute mit HB gleichgestellt)

2. Ausgaben für Landesaufgaben in HB/ Brhv

- Hafen
- Kultur
- Hochschulen
- Bildung
- Polizei
- Wirtschaftsförderung
- usw.

Nur Spekulation (keine Rechnung) möglich, aber:

- Fusionsverlust nach Gegenrechnung von Verwaltungseinsparungen
 - desolater Haushalt NI
 - Metropolregion Hannover
- Alle Indizien sprechen für einen Weg in den Bedeutungsrückgang (auch für das Umland)

- Vor einem Volksentscheid (Art. 29 GG) müsste ein Fusionsvertrag ausgehandelt werden:
 - **win/ win – Situation: Zustimmung**
 - **win/ lose – Situation: Ablehnung zumindest eines Landes**
- MP-Beschluss vom 03.12. 2003:
Zusammenarbeit statt Fusion

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Diese Vortragsunterlagen finden Sie auf unserer
Internetseite

www.fofi.uni-bremen.de

unter der Rubrik „**Forschung**“.